

Demokratisches Auslandsjournal

Die Demokratie gilt als der wertvollste Exportartikel des westlichen Abendlandes. Meinungsfreiheit, Wahlen, Rechtsstaat und was alles so dazugehört: Das sind Insignien einer Herrschaft, die den Nationen der Welt keineswegs nur zur Übernahme anempfohlen werden. Das sind auch die Maßstäbe ihrer kritischen Überprüfung, ob sie auch den Respekt verdienen, den sie als Mitglieder der modern zivilisierten Völkerfamilie für sich in Anspruch nehmen. Schließlich haben die Menschen ein Recht darauf, den Gang ihrer Gemeinschaft in die eigene Hand zu nehmen und – wie der Name sagt – als Volk die Herrschaft selbst zu bestimmen. Die politisch Verantwortlichen in den Heimatländern der Demokratie pflegen je nach ihren Mitteln zur Beförderung dieses Menschenrechts ein wenig Nachhilfe zu leisten – und eine kritische Öffentlichkeit bilanziert ihrerseits täglich den Stand der Fortschritte der Demokratisierung auf dem Globus.

Anbei ein paar Auszüge aus dem demokratischen Auslandsjournalismus – und ein paar Überlegungen, was man dabei lernt.

China Demokratie braucht's – zum ungestörten Durchregieren!

Einen wohlwollenden Ratschlag in Sachen Demokratie und Wahlen erteilt die SZ der VR China:

„Doch weil immer deutlicher wird, dass nicht alle im Land gleichermaßen davon (vom kapitalistischen Aufbruch Chinas) profitieren, bröckelt der Rückhalt der Menschen. Die meisten fühlen sich benachteiligt, viele gänzlich chancenlos und einige sogar betrogen. Und weil es kein Ventil für die wachsende Wut der Bürger gibt, wie die Demokratie sie unter anderem in der Institution der freien Wahlen gewährt, muss die Partei dringend Lösungen und neue Perspektiven für alle bieten.“ (SZ, 27.12.10)

Der freiheitsliebende Journalist scheint nicht zu befürchten, dass es den Leser verstören könnte, welche zynische Botschaft er da über die Demokratie mitteilt. Unseren Kenner der Marktwirtschaft überrascht nicht, dass beim Aufbruch in den Markt die meisten Menschen materiell zu kurz kommen. Anlass zur Sorge gibt diesem Volksfreund die materielle Lage der

Massen, wenn „die Menschen“ ihre Armut als nicht angemessen empfinden, und diese „gefühlte“ Ungerechtigkeit durch „bröckelnde“ Gefolgschaft das Programm der Regierenden gefährdet. Denn dagegen hat sich die Demokratie etwas Vorbildliches ausgedacht, um im Unterschied zur chinesischen Einpartei-Undemokratie mit derartigen Unzufriedenheiten fertigzuwerden: Empörte Bürger dürfen ihre Unzufriedenheit – gleich welchen Anlass und Grund sie hat – in der institutionalisierten freien Wahl in ein hoffnungsfrohes Wahlkreuz für eine konstruktive Regierungsalternative übersetzen – das ist das „Ventil“, das eine „wachsende Wut“ braucht. Da die chinesische Herrschaft diesen Hauptsatz der politischen Hydraulik nicht beherzigt und ihr Staatspersonal einfach nicht vom Volk auswählen lassen will, steht sie nun in dem Dilemma, ihren unzufriedenen Bürgern glatt etwas „bieten“ zu müssen. In Sachen Effektivierung der Herrschaft können die chinesischen Kommunisten also noch gewaltig von uns lernen.

Venezuela Dem Volk helfen ist demokratieunwürdiger Populismus!

„Erst vor wenigen Wochen hat das venezolanische Parlament den Präsidenten Hugo Chávez in einer umstrittenen Entscheidung mit einer Fülle zusätzlicher Kompetenzen ausgestattet. Bis 2012 darf Chávez faktisch per Dekret regieren. Nun macht er erstmalig Gebrauch davon ... unterzeichnet der linksgerichtete Präsident einen Erlass, der die Gründung eines Fonds vorsieht, aus dem der Wiederaufbau der bei einer Flutkatastrophe zerstörten Häuser finanziert werden soll. 130 000 Menschen soll mit 2,3 Milliarden Dollar geholfen werden.“ (SZ, 28.12.10)

Solche Meldungen kann ein verantwortlicher Zeitungsredakteur unmöglich unkommentiert stehen lassen. Dem unvoreingenommenen Leser

fehlt nämlich noch völlig die Richtung für die zu bildende Meinung. Sicher ist sich der Berichterstatter freilich, nach welchem Kriterium der Leser sein Urteil zu fällen gedenkt, schließlich kennt er selber auch kein anderes und schreibt seitenweise seine Zeitung damit voll: Herrscht hier einer, um dem Volk zu dienen, oder dient hier einer dem Volk, um zu herrschen? Die Antwort auf diese Alternative gibt die Sachlage allerdings niemals her. Ob in Venezuela der gute Zweck ein „umstrittenes“ Mittel heiligt oder die böse Absicht die gute Tat relativiert, dieses moralische Urteil entspringt allein dem eigenen Standpunkt.

Um den Leser bei der Meinungsbildung nicht im Stich zu lassen, hat ▶

GEGENSTANDPUNKT Vortrag & Diskussion

Die NATO bombardiert Libyen – Warum?

Die offizielle Begründung lautet: der libysche Staatschef Gaddafi massakriert sein Volk. Jedem ist sofort klar: Das darf der nicht. Zivilisierte europäische Staatschefs können nicht zulassen, dass ein nordafrikanischer Potentat Bomben wirft und Menschen tötet, da müssen sie schleunigst hin und selbst Bomben werfen, natürlich um Menschenleben zu retten. Die Leichen, die bei ihrer Rettungsaktion selbstverständlich anfallen, zählen entweder zu den Bösen, denen es recht geschieht, oder sie fallen unter Kollateralschäden an Unschuldigen, die halt nicht zu vermeiden sind, wenn Bomberflotten die Freiheit bringen.

Gegen einen Verrückten wie Gaddafi ist – um der Menschlichkeit willen – eben alles erlaubt: Der hat nichts anderes im Sinn als sein Volk auszulöschen – will er etwa, wenn alle tot sind, ganz alleine in seiner Wüste auf dem Öl sitzen? So absurde Zielsetzungen lasten die kriegführenden Nato-Staaten und ihre Medien der libyschen Führung an, die einen bewaffneten Aufstand bekämpft: Gaddafi will siegen und die von ihm geschaffene öffentliche Ordnung wieder herstellen. Dieses Ziel sollte Machtmenschen wie Sarkozy und Kollegen weder verrückt noch verbrecherisch vorkommen: Sie selbst bestehen doch bei jeder Regung von Unwillen im Volk darauf, dass der Staat sich den Forderungen „der Straße“ nicht beugen darf. Und wenn sie in den Banlieues um Paris die Aufstände randalierender Jugendlicher niederschlagen oder in Deutschland Jahr für Jahr den fälligen Castor-Transport durchkämpfen, dann produzieren sie nur deshalb kaum je Tote, weil ihre Polizei so sehr viel besser auf Aufstandsbekämpfung vorbereitet und dafür ausgerüstet ist als die libysche Armee, und weil sie keine bewaffneten Kämpfer, sondern doch bloß verwahrloste Jugendliche und demonstrierende Demokraten in Schach zu halten haben.

*

Inzwischen sind, wie in jedem Krieg, die ursprünglichen Rechtfertigungen ganz egal. Solange die aus der Luft bekämpften libyschen Truppen nicht kapitulieren, beweisen alle Akte ihres Widerstands gegen die Koalition der europäischen Eindringlinge ihr Unrecht, und alle Leichen, die durch Kriegshandlungen anfallen, beweisen die Unmenschlichkeit des Feindes. Die Sache selbst ist kein Rätsel: Frankreich und Großbritannien betreiben – wie sonst die USA – Regime-Change im nordafrikanischen Raum, den sie als Zone ihrer Vormacht beanspruchen. Primitiver Imperialismus eben.

*

Erklärungsbedürftig allerdings ist die Art und Weise, wie in der heutigen Welt das Ringen um Einflusszonen und Vormacht aussieht. Da geht man erst zur UNO und drängt wochenlang darauf, endlich die Erlaubnis zum Schießen vom Sicherheitsrat konzidiert zu bekommen. Sobald die entscheidende amerikanische US-Macht umschwenkt und das Plazet gibt, schmiedet man mit ihr eine Koalition der Willigen. Im sofort darauf begonnenen Krieg leisten die USA mit ihrer Überlegenheit den wichtigsten Teil des Zerstörungswerks: Sie vernichten Luftabwehr und Luftwaffe des angegriffenen Staates und überlassen den im Prinzip wehrlos gemachten Gegner den Briten und Franzosen. Für ihre Dienste verlangen die hilfreichen Amerikaner freilich, dass die europäischen Kriegstreiber ihr Projekt unter das Dach der Nato stellen. Die aber will gar nicht. Deutschland vor allem, Frankreichs engster weltpolitischer Partner und selbst eine bedeutende Militärmacht im Bündnis, hält von der ganzen Sache nichts und verweigert sogar die weltpolitische Legitimierung des Krieges im Sicherheitsrat. Die Nato, die dann doch will, ist aber nicht bereit, die Aufständischen zum Sieg zu bomben, sondern will nur die Zivilbevölkerung vor Angriffen mit schweren Waffen schützen – womöglich sogar gegen beide libyschen Kriegsparteien. Mitte April macht der Krieg den Briten und Franzosen dann tatsächlich einige Schwierigkeiten, die freilich am wenigsten von Gaddafi und seiner Armee herrühren.

Der Kampf der großen Mächte untereinander ist im Krieg gegen Gaddafi die Hauptsache.

5.5. Donnerstag, 19:15 Uhr (!)
K4, Festsaal, Königstr. 93, Nbg.
www.gegenstandpunkt.com

sich das Stilmittel bewährt, gleich mitzuteilen, wie die Sachlage auf den Journalisten „wirkt“; denn das wird schon nicht ohne Grund so sein:

„Es wirkt wohl kalkuliert, dass Chávez seine neue Macht als Erstes auf ein Projekt humanitärer Hilfe anwendet. Er baut dadurch seine Popularität bei den Armen aus, die seine wichtigsten Wähler sind und ihm 2012 zur neuerlichen Wiederwahl helfen sollen. Der Opposition nimmt er fürs erste die Argumente.“

Der sich einstellende Ärger bewirkt dann wie von selbst, welche parteilichen Vokabeln dem Autor aus der Feder fließen. Für die Fluthilfe passt „populistische Kalkulation“; der Opposition werden gute „Argumente“ gestohlen; je mehr Gutes der Präsident tut, desto schwerer kann sie ihn schlechtmachen.

Apropos venezolanische Präsidenten: Carlos Pérez, dem Amtsvorgänger und „ehemaligen Widersacher“ von Hugo Chávez, widmet die SZ anlässlich seines Ablebens einen kriti-

schen Nachruf. Pérez soll eine „widersprüchliche Politik“ betrieben haben, indem er die Verstaatlichung der Ölindustrie in Gang gebracht hat. Das würdigt der Kommentar rückblickend als ein Stück „Umverteilungspolitik“, die „durchaus den Maßnahmen ähnelt, die Chávez heute unternimmt“; der kleine Unterschied, dass der verblichene Pérez die Erträge des nationalisierten Öls von ca. 200 Milliarden Dollar direkt in die eigenen und die Taschen seiner Mitstreiter „umverteilt“ haben soll, tut bei diesem Vergleich gar nicht viel zur Sache. Kritisch sieht der Kommentar, dass Pérez bei Unruhen der verarmten Bevölkerung in die Menge schießen ließ, weil das letztendlich in der Machtübernahme des Populisten endete. „In der Tat hatte die widersprüchliche Politik des Carlos Andrés Pérez viel zum Aufstieg des Offiziers Chávez beigetragen.“ Mit seiner Steilvorlage für Chávez hat sich der Verstorbenen, bei allem Respekt, dann doch ein paar „Widersprüche“ zu viel geleistet.

nung von Premier Putin mit einem Intimfeind. Dabei bemühen sich Putin und Medwedjew derzeit so angestrengt um den Westen wie seit Jahren nicht, beschwören gemeinsame Werte, Interessen, Ziele, werben um Know-how, Kapital, Dialog. Dieses Urteil aber zeigt, wie viel sie noch vom Westen trennt.“

Diese Leute haben sich einfach in ihrem Feindbild eingemauert. Sie geben selbst zu Protokoll, wie wenig

das Russland von heute zum Bild des anti-westlichen Riesen passt, das sie von ihm zeichnen, bemerken selbst noch, wie sehr und auf wie vielen Ebenen dieses Land substantiell mit dem Westen kooperiert – und kaprizieren sich im nächsten Satz auf einen Urteilsspruch eines Moskauer Richters, um ihre Lieblingsidee von Russland als bedrohlicher Gegenmacht des Westens aufzuwärmen!

Argentinien Schauprozess beweist demokratische Reife!

Russland hat also das Qualitätssiegel „Rechtsstaat“ nicht verdient. Andernorts kann die politische Instrumentalisierung der Justiz dagegen richtig Freude bereiten.

Das Aufheben der Amnestie und die Neuaufnahme der Verfahren gegen Juntamitglieder der argentinischen Militärherrschaft mit der klaren politischen Vorgabe einer Verurteilung zur Höchststrafe widerspricht keinesfalls dem Grundsatz der Unabhängigkeit der Gerichte. Die von der amtierenden Staatsführung bestellte und erfolgreich durchgezogene Abrechnung mit den Amtsvorgängern wird einhellig begrüßt: „Politiker wie Argentinien Präsidentin Cristina Kirchner mögen manches falsch machen, bei diesem Thema liegen sie richtig.“ (SZ, 24.12.10)

Dieser Schauprozess begeistert: Die leichttrüchtige Amtsausübung als persönliche Verfehlung der damaligen Staatschefs strafrechtlich zu ahnden, lenkt zielgerichtet vom politischen Gehalt der Schlächtere ab und nimmt umstandslos Partei für deren Opfer – vollkommen ohne Erwähnung dessen, was die eigentlich wollten und wessen Feindschaft sie sich warum zugezogen haben.

So bleibt es ausgerechnet den Angeklagten überlassen, zu ihrer eigenen Ehrenrettung auf dem Zusammenhang zwischen Nation, politischer Opposition und Schlächtere zu bestehen, von dem heute keiner mehr etwas wissen will. Sie erinnern an die damalige Auf-

tragslage des Westens und ihren nationalen Beitrag zur Abwehr des Kommunismus. Ihre Verteidigung, die Nation habe sich im Staatsnotstand „gegen marxistische Subversive“ befunden, in einem „inneren Krieg, angefangen von terroristischen Organisationen“, weswegen jeder aufrechte Demokrat auch heute die Notwendigkeit ihres staatli-

Mitschnitte von GegenStandpunkt-Veranstaltungen

zur Kritik am demokratischen Staat, seiner kapitalistischen Wirtschaft, dem Imperialismus, der bürgerlichen Gesellschaft und ihrer Werte:

<http://doku.argudiss.de>

chen Gegenterrors einsehen müsste, gilt allerdings nichts mehr. Von diesen verflissenen Sünden weiß die argentinische Justiz den Westen zu befreien. Als „antikommunistischer Wahn“ auf einen psychischen Defekt heruntergebracht, wird er den Putschisten als nachträgliche Verhöhnung der Opfer, als Beweis ihrer unbelehrbaren Amoralität zur Last gelegt. Mit ihren Bluthunden wollen Demokraten, nach getaner Arbeit, nichts mehr gemein haben. „Es geht um Gerechtigkeit und um einen Staatsterror, der sich nicht nur gegen Guerilleros richtete, sondern auch gegen friedliche Andersdenkende.“ Solange die Andersdenkenden friedlich sind und nicht zur Tat schreiten, gehört sich Staatsterror definitiv nicht.

Ägypten Was uns an Diktatoren stört

In arabischen Ländern brechen Volksaufstände los, die am Ende zur Beseitigung von Präsidenten führen, zu denen die USA und EU mitsamt dem bei ihnen beheimateten journalistischen Sachverstand jahrzehntelang gehalten haben. Jetzt, nachdem sie gestürzt sind und rückwirkend Diktatoren heißen, üben Journalisten harsche Kritik an den Regierungen des Westens:

„Amerika hat Abschied genommen von Mubarak... Abschied nehmen muss die Regierung Obama aber auch von der Vorstellung, dass sich Stabilität und Einfluss über Potentaten kaufen und auf Dauer halten lassen. Die Vorstellung, mit 1,5 Mrd. \$ im Jahr und politischen Streicheleinheiten Einfluss zu gewinnen, ist gescheitert... Am Ende ist der Volkswille stärker, kein Ventil hält dem Druck im Kessel stand... Keine

noch so nachvollziehbare Interessenpolitik kann funktionieren, wenn sie die archaischen Kräfte eines unterdrückten Volkes missachtet.“ (SZ, 31.1.11, Kornelius)

Schlecht ist es also nicht, von außen ein Land samt Insassen auf eine dem Westen genehme Stabilität zu verpflichten und dafür Einfluss auf die lokalen Machthaber zu nehmen, sondern zu glauben, dass dergleichen funktioniert. Nach mehr als 30 Jahren Scheinerfolg erweist sich die Politik der Westmächte als folgenschwerer Irrtum! Weder an ihren „nachvollziehbaren Interessen“ ist etwas verwerflich noch an dem Motiv, Stabilität mit Zahlungen an Diktatoren zu erkaufen. Die Demokratien haben in bester Absicht gehandelt, sie müssen nichts zurücknehmen – außer dem Glauben, das Volk ließe sich in alle Ewigkeit unterdrücken. ◀

Russland Unser Lieblingsoligarch verurteilt – rechtsstaatliche Reife fehlt!

„Industrie-Oligarchen“ sind für gewöhnlich verabscheuungswürdige Gestalten; schon ihre Existenz bringt ein ganzes Land weltweit in Misskredit. Aber halt! Beim Blick nach Russland gilt es diesmal eine solche Figur positiv zu besetzen. Dort wird zwar einer der „Wirtschaftskapitäne, die ihr märchenhaftes, zusammengerafftes, manchmal geraubtes Vermögen in politischen Einfluss umsetzen wollten“, einer der letzten „Oligarchen aus den Neunzigern, als der Staat so schwach war, dass die Tycoons allen Ernstes glaubten, nur sie, die frisch gebackenen Kapitalisten, könnten Russland retten“ (SZ, 31.12.10), zum zweiten Mal zu 14 Jahren Haft verurteilt. Chodorkowskij soll man allerdings als Opfer sehen.

es nie recht machen: Ziehen sie einen Schauprozess auf, heißt es STALINI!, endet ein jahrelanger Schauprozess ohne Show, auf der man herumhacken könnte, ist es ein „Angsturteil“. Der Richter erzählt vier Tage lang, warum es gefällt wird: Der Korrespondent braucht keine Sekunde lang hinzuhören, um absolut im Bilde zu sein – der Mann murmelt, also hat er was zu verbergen, also ist es zum Himmel schreiendes Unrecht, was er spricht!

Noch mehr Licht in die Sache bringt das Messen des Gerichtsurteils an vorgefassten politischen Erwartungen, die man hierzulande in die russische Führung setzt, um sich ein ums andere Mal abgrundtief enttäuscht zu geben:

„Vor allem aber verrät dieses Urteil viel über die russische Führung. Präsident Medwedjew hat die Erwartungen, die in ihn – vielleicht zu Unrecht – gesetzt wurden, nicht erfüllt. Er, der Jurist, galt als Grund dafür, dass das Verfahren fairer ablief als das erste, dass das Urteil bis zum Schluss als offen galt. Ob er ein milderer Maß nicht durchsetzen konnte oder wollte, ändert nichts daran, dass er wie der Komplize eines fremden Racheaktes wirkt.“

Hätte der Präsident dagegen das Recht im Sinne unserer Erwartung friert, ordentlich Einfluss auf die Justiz genommen und per Ukas ein mildes Urteil bestellt, dann hätte der Richterspruch auf die Prozessbeobachter aus Süddeutschland aber so was von fair „gewirkt“. Und die Unabhängigkeit der russischen Justiz stünde außer Zweifel. So aber muss die SZ ihrem Feindbild freien Lauf lassen: Da ist ein Pappkamerad an der Spitze des russischen Staates, dessen Premier Privatfehden ficht. Auch das gelingt mittels der unerschöpflichen Leichtigkeit der – uns schon bekannten – Wirkung, die das Urteil bei unserem Beobachter hinterlässt.

„Denn vor allem wirkt die Gerichtsentscheidung, die niemand in Russland für unabhängig hält, wie die Abrech-

Diskussionsveranstaltungen

Jeden Dienstag um 20 Uhr findet in der **Desi**, Brückenstr. 23, Nbg. unser **öffentlicher Diskussionstermin** statt.

Themen unter:
www.sozialistischegruppe.de

Die SZ knüpft dafür bereits an die Urteilsverkündung einen Verdacht: „Es hat etwas von einem Angsturteil... Die Begründung vier Tage lang dahingemurmelt, das Strafmaß am Tag vor Silvester verkündet, als viele Zeitungen nicht mehr erscheinen, als das ganze Land sich auf Neujahr vorbereitet, das wichtigste Fest des Jahres. Hätte der Richter Danilkin seine Entscheidung in seinem Wohnzimmer verkündet, es hätte nicht diskreter ablaufen können. Was immer auch Chodorkowskij und Lebedjew sich zuschulden kommen ließen – dieser Prozess, der selbst nach Ansicht von Kreml-Beratern rechtsstaatliche Kriterien verletzt, hat es nicht ans Licht gebracht.“

Der SZ können die Russen

Kernreakorteknik Von wegen „Restrisiko“!

Klar, es geht. Die Leistung, auf die es die Betreiber von Kernkraftwerken abgesehen haben, kommt zustande. Die im Reaktorkern in Gang gesetzte Kernspaltung produziert jede Menge Wärme, welche Wasser erhitzt. Der Dampf treibt Turbinen an, welche Strom liefern. Die Bilanz fällt erfreulich aus. Das Geschäft mit dieser Sorte Energieumwandlung schreibt dicke schwarze Zahlen, und der Staat ist stolz auf dieses Resultat seiner dem Fortschritt verpflichteten Bemühungen auf dem Felde der Energieversorgung. Gewisse *Wirkungen*, die so ein Reaktor genauso *sicher* hervorbringt wie den Geschäftsartikel Strom, gelten deswegen als *Risiko*. Und zwar als eines, mit dem äußerst problembewusst umzugehen ist.

Liebhaber der Atomenergie halten sich viel darauf zugute, dass sie ständig damit befasst sind, *Gefahren zu mindern*. Bis auf eine Möglichkeit namens „Restrisiko“, so lassen sie verlauten, hätten die Betreiber alles im Griff. Erstens die beim störungsfreien Normalbetrieb anfallende Strahlung, von der bekannt ist, wie sie auf Organismen aller Art wirkt. Dieses Problem erledigen sie rein theoretisch, indem sie die entstehenden „Gefahren“ auf das verlässliche Maß „unerheblich“ herunterdefinieren. Zweitens wenden sie alle Unfälle ab, die ihren Annahmen zufolge passieren könnten. Ihr Verantwortungsbewusstsein ist bei Atomkraftwerken besonders groß, weil vom kleinsten bis zum größten anzunehmenden Unfall durchaus erhebliche Mengen radioaktiver Strahlung drohen. Diesem „kollektiven Risiko“ beugen sie vor, indem sie die möglichen Abläufe von gemeingefährlichen Störungen bei der Wahl der Bauweise ihrer Reaktoren berücksichtigen. Inzwischen verfügen die Konstrukteure aller Länder über einen reichen Schatz an Erfahrungen, was wirkliche Störfälle angeht. Diese lassen sich hervorragend klassifizieren, nämlich nach dem Ausmaß des Schadens, den sie anrichten.

So sind die Betreiber und Befürworter von AKWs dahin übereingekommen, dass die Dinger sicher sind, solange nicht entscheidende Sicherheitsmaßnahmen *unterlassen* werden. Falls dennoch etwas passiert, falls sich sogar Katastrophen des Kalibers Harrisburg oder Tschernobyl ereignen, kann es sich nur um die Folge von Versäumnissen handeln – oder um eine unglückliche Ansammlung von *Zufällen*. Im Grunde kann nichts passieren, so dass sich zur Bewältigung der kleinen und mittleren Störfälle allemal eine solide Informationspolitik empfiehlt. Diese hebt die Unerheblichkeit der Strahlengefahr hervor und mahnt die Zeitgenossen, kein zu großes Aufheben von den kleinen Strahlenwerten zu machen.

Der störungsfreie Normalbetrieb

„Unsere“ umweltfreundlichste Form der Energiegewinnung beruht auf einer kontrollierten Kettenreaktion, die von Neutronen in Atomkernen des Urans ausgelöst wird. Jeder Zerfallsprozess setzt erneut Neutronen frei, die, auf passende Geschwindigkeit durch einen Moderator heruntergebremst, wiederum in anderen Atomkernen ihr Werk tun. Die freigesetzte Bindungsenergie der Atomkerne liefert die gewünschte Wärme, auf die es den wohlthätigen Stromversorgern ankommt. Angesichts dieser Leistung

müssen die Ingenieure „nur“ noch mit der radioaktiven Strahlung fertig werden, die sie nach den ersten Buchstaben des griechischen Alphabets benennen. Diese Strahlung geht auch von den Zerfallsprodukten des Urans aus, die sich durch die Instabilität ihrer Atomkerne auszeichnen. Mit ihren Namen wird die Menschheit vertraut gemacht, wenn wieder einmal etwas passiert ist. Von der die Atommasse angehenden Zahl, die dabei ebenfalls ins Gerede kommt, braucht man nichts zu verstehen: Die Botschaft, auf die es ankommt, ist auch so klar. Diese Isotope setzen eine ungesunde Strahlung frei, welche ionisierend auf die Körperzellen wirkt.

Dass die Alphas, Betas und Gammas von der Bevölkerung, in die Kernkraftwerke hineingestellt werden, durch die Baukunst *ferngehalten* werden, ist ein Gerücht. Der gewöhnliche Betrieb eines Kernreaktors geht mit der ständigen Erhöhung der radioaktiven Strahlenwerte der näheren und weiteren Umgebung einher: Radioaktiver Dampf geht über die Schornsteine in die Luft, und die Fachleute vollbringen allerlei Rechenkunststücke, um die Belastung per Verteilung auf Raum und Zeit auf vernachlässigbare Größen herunterzuzählen. Dasselbe tun sie beim radioaktiven Kühlwasser, das in Flüsse und Meere abgelassen wird. Äußerst geschickt weisen sie per *Vergleich* mit der *üblichen* Strahlenexposition der Bevölkerung – die sie „natürlich“ nennen – nach, dass alles ziemlich geringfügig ist. Dass sich die ebenso unschädliche wie unvermeidliche „natürliche“ Strahlung über Jahrzehnte von Bombentests und AKW-Betrieb erstens erhöht und zweitens in Krebsstatistiken bemerkbar macht, ficht die kühlen Rechner nicht an. Auf diesem Gebiet wissen sie auch einmal gegen die Wahrscheinlichkeit zu argumentieren, die sie sonst so schätzen: „Nichts bewiesen“, lautet der amtliche Vermerk. Dafür steht die Produktion von radioaktivem Feststoff außer Zweifel: Die Probleme der Entsorgung und bisweilen des Abreisens eines unbrauchbar gewordenen AKW beschönigen nichts – es ist bekannt, dass riesige Mengen verstrahlten und strahlenden Schrotts unter die Leute kommen.

Soweit die in Kauf genommenen „Nebenwirkungen“ eines funktionierenden Reaktors, längst bevor

Stör- und Unfälle

den radioaktiven Fall-Out in die Höhe treiben. Mit diesen streng katalogisierten „Fällen“ hat es im Falle von Atomkraftwerken so seine eigene Bedeutung. Sie führen nämlich alle dazu,

dass besagte „Nebenwirkung“ – die Strahlerei – zur *katastrophalen Hauptsache* wird. So banale Vorkommnisse wie ein undichtes Ventil, eine beschädigte Kühlwasserleitung, eine streikende Pumpe etc. führen nicht einfach zum *Ausfall der Leistung*, für die so eine Anlage da ist. Vielmehr ist jede technische Panne noch so gewöhnlicher Art der Auftakt zum *Ausbruch eines „Unglücks“*. Was droht, ist die unkontrollierte Kettenreaktion, durch die sich der Reaktor von seiner Pflicht zur Stromerzeugung verabschiedet und die Strahlung ganz zu ihrem Recht kommt. Die Schwierigkeiten, die bei dem Versuch auftreten, den Übergang von der Störung zum Unfall zu vermeiden, lassen das Gerede von der Sicherheit irgendwelcher AKWs schlicht lächerlich erscheinen. Alles, was vorkommt, ob es nun als Kühlmittelverlust, dessen mangelnder Nachschub oder schon als Folge – zu viel Temperatur oder Druck – registriert wird, ist geeignet, den Reaktor nicht mehr, die unkontrollierte Kettenreaktion dafür um so besser funktionieren zu lassen.

So läuft in Atomkraftwerken ein dauernder Test ab, welcher mit dem hundertprozentigen Gelingen jeder Teilfunktion von Maschine und Mensch experimentiert (deshalb ist im Übrigen das Argument „menschliches Versagen“ zu unverdienten Ehren gelangt: Die einen bestehen darauf, dass es vorkommt; die anderen auf dem vermeintlichen Gegenteil, dergleichen käme überall vor!). Und dieses nützliche Experiment findet nicht als Überprüfungsveranstaltung statt, denn die Kontrolle von (möglichen) Fehlern und Schwachstellen ist ohne ein wenig Abschalten nicht zu machen. Da AKWs aber zum Anschalten da sind, wird mit dem Abschalten gewartet, bis eine Störung es erforderlich erscheinen lässt. Ob das geht, ist eine Frage der Umstände, der widrigen zumal, also recht *unsicher*.

Sicher dagegen ist, dass die Radioaktivität innerhalb eines Reaktors ihre Spuren am Material hinterlässt. Was die Strahlung an Kühlmittelleitungen, Druckkessel etc. an eigenartigem „Verschleiß“ hervorruft, haben sich die Betreiber von AKWs erst durch die Erfahrung einbläuen lassen – allerdings ohne den Schluss zu ziehen, dass man doch besser die Finger von dem Zeug lassen sollte. Ihnen liegt die Verkündung der Weisheit näher, dass es Verschleiß auch anders gibt und die „Herausforderung“ darin besteht, sich zum reibungslosen Klappen ihrer Vorrichtungen hinzuarbeiten – auch wenn ab und an eine kostenlose Bestrahlung der Bevölkerung fällig ist. Außerdem lauern Gefahren überall.

Zwei, drei, vier, viele Sicherheitssysteme

Was von AKW-Gegnern mit Vorliebe als die unerträgliche Gefahr beschworen wird – die Möglichkeit von verheerenden Aus-, Zu-, Ab- und Unfällen –, ist den verantwortlichen Machern natürlich vertraut. Und nicht nur das. Den beteiligten Naturwirten und Technikern gefällt das Kalkulieren mit den *Möglichkeiten* ausnehmend gut. Im Hin und Her von Ursache und Wirkung beschlagen, nehmen sie allen Ernstes ein undichtes Ventil, eine

Fehlentscheidung der Bedienungsmannschaft oder beides plus ungenau vorausberechnete Versprödungen von Material *als Ursache* und *Inhalt* der Gefahr, die von der inszenierten Kettenreaktion ausgeht.

In Sachen gewöhnlicher Verstrahlung der lieben „Umwelt“ sind sie damit schon einmal aus dem Schneider. Sie machen sich sogleich zum Anwalt der „erstzunehmenden“ Ernstfälle, die allemal rechtfertigen, dass zu ihrer Vermeidung einmal extra große Portionen Radioaktivität auf die Menschheit losgelassen werden müssen. Das versteht ein jeder – zumindest wenn er sich mit den eigenartigen *Risiken* eines AKW als dessen *Betriebsbedingung* angefreundet hat. Dann ist er im Übrigen auch offen gegenüber jedem Vergleich mit anderen Fortschrittswerken, die ebenfalls manches Opfer gekostet haben: Einleuchtend werden dann so Bekenntnisse zum Bergmann, der unter Tage für „unsere“ Kohle verreckt (H. Schmidt) ist und dank Atomstrom überflüssig wird; ebenso vergleichsweise Auskünfte über den Dreck, den rentable Kohlekraftwerke auf die Menschheit loslassen...

Praktisch macht sich die Sorge um die Betriebsbedingung „Sicherheit“ = Risiko so geltend, dass die Konstruktion eines AKW ein einziges *Projekt zur Vermeidung fälliger Störfälle* wird.

Das „Schlimmste“ wird dann mit einer Notabschaltung verhindert. Cadmiumstäbe stehen bereit, um zwischen die Brennstäbe geschoben zu werden: Keine kritische Masse mehr. Kettenreaktion gestoppt – lautet die Absicht. Doch die Erfinder dieser Sicherheitsvorkehrung sind Fachleute – und sie sagen offen heraus, worin das „Problem“ dieser Sicherung besteht: Falls diese Maßnahme notwendig ist, ist es auch schon sehr heiß im Reaktorkern, und verbogene Brennstäbe können ganz gut den Einschub der Notbremse verhindern. Was sie da zu Protokoll geben, ist seltsam. Zumindest für eine Sicherheitsvorkehrung. Je notwendiger eine Schnellabschaltung, desto fraglicher ihr Gelingen!

Notkühlsysteme sollen der Hitze ein Schnippchen schlagen, die entsteht, wenn das Wasser zum Warmmachen einmal ausfällt. Dem Misslingen einer Notabschaltung ist dadurch zu begegnen, dass diese Systeme funktionieren. Der Meinung waren auch die Russen. Bloß – funktionieren sie, wenn schon so hohe Temperaturen erreicht sind, dass Verpuffung angesagt ist? Und viel Druck am falschen Platz, also Explosionen? Wie gesagt: Solche Fragen stellen *sich* die Konstrukteure und Planer von AKWs – nicht wir ihnen. *Sie* verfertigen mehrfache Sicherheitssysteme, weil sie keinem trauen und noch von so Sachen alpträumen wie Stromausfall für ein Pümpchen. Dass die jeweilige „Lage“ im Reaktor ihre schönen Erfindungen für die Not zu recht zweifelhaften Werkzeugen stempelt, muss ihnen niemand sagen. Mit nichts anderem als solchen Problemen schlagen sie sich ja herum.

Nicht umsonst gibt es den Berstschutz, der selbst zum Sachverständigen Helmut Kohl vorgedungen ist: Dieser nette Kanzler preist seit dem Russen-Gau den dicken Betonzylinder als *den* Beweis für die Sicherheitssorgfalt der

Das Geld.

Von den viel gepriesenen Leistungen des schnöden Mammons

Hoch stehen sie im Kurs, die inneren und höheren Werte. Möglichst *statt* auf gewöhnliche Genüsse soll man scharf auf sie sein. Der schöngeistige Antimaterialismus geht nach wie vor so, dass ein Dichter beteuert: „Der Mensch lebt nicht vom Brot allein!“ – worauf ihm gleich ein anderer Denker ins Wort fällt und behauptet: „Geld macht nicht glücklich!“

Recht haben beide nicht. Der eine nicht, weil ja niemand behauptet hat, dass er, außer sein Stück trockenes Brot, nichts braucht. Der andere nicht, weil ihm bei Armut gleich das Glück einfällt. Handelseinig sind sich die volkstümlichen Sprüchemacher in der tieferen Überzeugung, dass das Leben durch seine *ideellen Erträge* lebenswert wird und dass sich vor denen der „bloße“ *Reichtum* allemal blamiert.

In dieser radikalen Kritik an den handfesten Genüssen und an den Zeitgenossen, die ihrer ordinären Bedürfnisse wegen auf mehr niedere Dinge aus sind, steckt ein Hinweis. Die freundlichen Herren von der Lebensfürsorge raten ja offensichtlich nur deswegen zu den hochprozentigen Werten, weil sie eine Entdeckung gemacht haben: Nicht wenige ihrer lieben Mitmenschen sind schon mit der Dutzendware nicht ordentlich versorgt und setzen daher unzufriedene Mienen auf. Das missfällt ihnen, weil es so unliebsame Überlegungen nahelegt wie die, was denn da auf dem gut gefüllten Markt mit seinen brauchbaren *Reichtümern* alles schief läuft, wenn immerzu *Knappheit* herauskommt. So etwas finden sie ziemlich anstrengend, die Sinnstifter der abendländischen Kultur. Und so verweisen sie das Publikum auf den Markt der höheren Werte, die noch nicht einmal etwas kosten.

Da nach allen gesammelten Erfahrungen der Marktwirtschaft das billigste Zeug nichts taugt, soll von der großzügigen Offerte hier einmal kein Gebrauch gemacht werden. Wir halten fest, dass vom Brot allein niemand glücklich wird, vergessen aber auch nicht, dass viele nicht vom Geld leben können, die von ihm leben müssen. Das kann unmöglich daran liegen, dass sie den Nährwert der höheren Werte vernachlässigen. Es hat wohl eher mit dem *Wert des Geldes* zu tun, an den man auch nicht zu glauben braucht, weil man sich nach ihm richten muss.

Unsere Thesen zum Geld, die wir auf unserer Veranstaltung zur Diskussion stellen werden, finden sich auf unserer Homepage.

13.5. Freitag, 18 Uhr c.t.
Sprecherrat (1. OG), Turnstr. 7, Erlangen
www.sozialistischegruppe.de

Deutschen. Dabei verlässt er sich darauf, dass niemand den Beweis des schieren Gegenteils von Sicherheit mitkriegt. Einerseits soll die Betonglocke die Wirkung eines bereits erfolgten schweren Unfalls wenigstens eine gewisse Zeit zurückhalten. Für diese „Sicherheitsgarantie“ gilt dasselbe wie für alle anderen. Was sie taugt, hängt schwer von den Charakteristika des Unfallverlaufs ab: Bei welcher Hitze entwickelt sich wie viel Druck, welche Sorten Gas entstehen in welchen Mengen (Explosionsgefahr) etc. „Beherrscht“ und „geschützt“ ist damit gar nichts. Andererseits fällt den Sachverständigen nach Tschernobyl durchaus ein, dass so ein Berstschutz unter Umständen sogar die Handhabung und Löschung eines Reaktorbrandes erschwert.

So kehrt auf allen Stufen „unserer“ Reaktorsicherheit die technologische Eigenart dieser Anlagen wieder: *Ihr Betrieb ist ein einziges Risiko*. Und das heißt überhaupt nicht, dass Atomkraftwerke, wie andere Fortschrittsapparate auch, eben so *ihre Risiken haben*. Auf letztere Sichtweise haben sich diejenigen eingelassen, die am Betrieb interessiert sind und das von ihnen produzierte Risiko als eine Reihe von Bedingungen handhaben, mit denen es „fertigzuwerden“ gilt. Diese Pioniere des Atomstroms verwenden alle Mühe darauf, auch der übrigen Welt stauender Fachleute und Laien klarzumachen, dass es sich gehört, mit den Betrieb *erschwerenden Voraussetzungen* „vernünftig“ umzugehen. Nämlich betriebsdienlich. Ganz bewusst plädieren sie für praktikable Kompromisse zwischen Betrieb und Risiko, d.h. sie stehen der

Reaktorsicherheitsökonomie

die entscheidende Rolle in der Findung solcher Kompromisse zu. Das Paradox, dass sich die Vermeidung unvermeidbarer Schäden bis hinauf zum GAU sowieso nicht bewerkstelligen lässt, „wir“ also mit ein wenig „Restrisiko“ allemal leben müssen, gebietet ein neuartiges Kalkül, das per höchststrichterlichem Beschluss auch Rechtsqualitäten annimmt. Die Atomenergiepolitik ergänzt die marktwirtschaftliche Rechnung Kosten/Ertrag um die billige wie gebotene Abwägung von *Kosten und Risiko*:

„Einigkeit besteht darüber, dass diese Risikoversorge nicht die Ausschaltung jeglichen Risikos mit absoluter Sicherheit erfordert, da ansonsten die Nutzung der Technik nicht mehr möglich wäre.“ (Bundesverfassungsgericht NJW 1979; zitiert nach: Kommentierte Strahlenschutzverordnung, S. 22)

Die Verhinderung radioaktiver Strahlenschäden ist ohnehin nicht zu garantieren, jede Mark für aufwendige Konstruktionen und Sicherheitssysteme ist dafür aber ein garantierter Abzug vom bezweckten Gewinn. Eine Herausforderung für staatliches Abwägen, das entgegen landläufiger Auffassung nicht zwischen *Risiko* und *Kosten*, sondern zwischen *in Kauf genommenen Schäden* und *Kosten* hin- und hergeht. Die staatlich bewerteten (Unfall-)Folgen durch den Reaktorbetrieb werden mit den Kosten ihrer Verhinderung verglichen. Beeinträchtigung der Volksge-

sundheit versus Rentabilität heißen die beiden Extreme des Kalküls, zwischen denen ein kapitalistischer Musterstaat keine großen Entscheidungsprobleme hat. Die Logik der Wahrscheinlichkeitsrechnung verbürgt ihm da, dass seine Atomenergiepolitik nicht mit der unmittelbaren Zerstörung des benutzten Menschenmaterials zusammenzufallen braucht.

Mit dieser staatlichen Vorgabe rechnen Buchhalter und Techniker der Kernindustrie. Seitdem beherrschen die Pflaumen von der Naturwissenschaftsfront die Kunst, ihnen bekannte Wirkungen von *Naturgesetzen* mit den Gesetzen kapitalistischer Buchführung zu relativieren.

„Da es bei Kernkraftwerken um eine wirtschaftliche Energieerzeugung geht, kommen nicht alle technisch realisierbaren Alternativen in Frage, sondern nur solche, die niedrige Stromerzeugungskosten ermöglichen.“ (Ziegler/Heithoff: Lehrbuch der Reaktortechnik, Bd. 2, S. 1)

Je dicker die Wandstärke der Kühlmittelleitung (gut gegen vorzeitiges Bersten!), desto geringer der Wirkungsgrad bei der Wärmeübertragung (schlecht für die Bilanz!). Je empfindlicher der Messfühler für die Notabschaltung (gut für die „Sicherheit“!), desto geringer die Auslastung des Reaktors, weil zu oft abgeschaltet wird (schlecht für die Bilanz!). Je vielfältiger die Auslegung der Sicherheitssysteme bis zum Berstschutz (gut für die Bewältigung verschiedenster Unfallhergän-

ge!), desto ungünstiger ist das Verhältnis von Kosten und Überschuss!

Nach dieser maßgeblichen Rechnungsart wird die Welt der Technik auf den Kopf gestellt. Nicht die verschiedenen Unfalltypen eines Atomreaktors bestimmen den technischen und finanziellen Aufwand zu ihrer Bemeisterung. Umgekehrt: Das, was man finanziell aufwenden *will* und technisch meint, gerade noch beherrschen zu *können*, definiert die Sorten von Unfall, mit denen überhaupt nur gerechnet wird. Der Sicherheit ist bei alledem immer bestens gedient. Das belegt schon der ideologische Begriff des Risikos, den Bundeskanzler und Verfassungsrichter für ihren Sicherheitsnachweis bemühen. Mathematiker lassen sich da gerne missbrauchen. Sie definieren das *Risiko* als Produkt von *Eintrittswahrscheinlichkeit* × *Größe der Unfallfolgen*. Damit wäre die Notwendigkeit des Unfalls in eine bloße Möglichkeit verwandelt, so dass ein GAU als genauso zufällig erscheint, wie die „Eins“ oder „Sechs“ beim Würfeln. Sodann wird die Möglichkeit für nichtig erklärt, weil ihre Verhinderung zu teuer käme. Diesen Schwindel formt man um in die pseudo-mathematische Gleichung „Eintrittswahrscheinlichkeit = Null“. Damit wäre unter dem Strich bewiesen, was zu beweisen war: Sicher sind Kernkraftwerke schon deswegen, weil all die Unfälle unmöglich sind, deren Verhinderung zu teuer oder technisch nicht machbar ist.

Es ist also kein Wunder, dass der

Ausbau der Atomindustrie und das profitdienliche Herumdoktern an ihrem Sicherheitsinventar von einer ebenso dreisten wie dämlichen

Reaktorsicherheitsphilosophie

begleitet wurden, die anlässlich des GAU von Tschernobyl ihre schönsten Blüten wieder ausgepackt hat. Denn beseitigt worden ist ja weder der Grund für den „größten anzunehmenden Unfall“ noch der zu schluckende radioaktive Abfall, der aus deutschen Reaktoren täglich frisch auf den Tisch kommt. Also produzieren die geistigen Handlanger von Staat und Kapital nicht bloß die gefährlichen Reaktoren. Sie liefern obendrein auch noch frei Haus die Ideologie dazu, die Notwendigkeit des GAU sei mit dem Zufall des Blitzschlags vergleichbar, nur noch etliche Zehnerpotenzen „unwahrscheinlicher“. Ganz frisch bemühen sie die haarsträubende Lebensweisheit, dass im richtigen Leben immer und überall *Zufälle* passieren – in der festen Überzeugung, damit die *Notwendigkeit* der Zumutungen begründet zu haben, die sie ins Werk setzen.

Dabei versäumen sie nicht, die Gnade zu erwähnen, die sie mit ihrer Bereitschaft zu solchen Diskussionen ihrem Volk zuteil werden lassen. In der Demokratie, so lernen wir schon wieder, garantiert schon die öffentliche Auseinandersetzung die Haltbarkeit von Atommeilern. Die sind freilich gerade so haltbar wie die Argumente ihrer verantwortlichen Fürsprecher und Nutznießer.

Solange nichts Größeres passiert, hilft das Vertrauen in die speziell deutsche Sicherheit enorm über die Zweifel weg. Dafür wird auch dieser Gesichtspunkt demokratisch breitgetreten. Im Ernstfall schützt die demokratisch diskutierte Deutung der Messwerte, die aufgrund ihrer Harmlosigkeit allemal für eine Entwarnung gut sind.“

Der GAU: Sozialadäquate Last!

„Auch das Bundesverfassungsgericht hat sich in seinem Beschluss vom 8. August 1978 zum Ausmaß des Restrisikos geäußert. Nach Auffassung des Gerichts hat der Gesetzgeber... einen Maßstab aufgerichtet, der Genehmigungen nur dann zulässt, wenn es nach dem Stand von Wissenschaft und Technik praktischer Vernunft hätten ihre Ursache in den Grenzen menschlichen Erkenntnisvermögens. Sie seien unentrinnbar und insofern als sozialadäquate Lasten von allen Bürgern zu tragen.“ (Kommentierte Strahlenschutzverordnung, S. 23)

Logo! Gebaut wird, das ist sicher. Den Rest tragen die anderen. ◀

Der Artikel ist der *Marxistischen Streit- und Zeitschrift* Nr. 6/1986 entnommen.

Sozialistische Hochschulgruppe
Erlangen-Nürnberg

c/o Studierendenvertretung
Turnstr. 7, Erlangen

sg@sozialistischegruppe.de
www.sozialistischegruppe.de

E.i.S.; V.i.S.d.P.: E. Piendl-Witzke, c/o Turnstr. 7, Erlangen